

# Der sächsische Erzähler,

**Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.**

## **Amtsblatt**

**der Rgl. Amtshauptmannschaft, der Rgl. Schulinspektion und des Rgl. Hauptzollamtes zu Bangen, sowie des Rgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.**

*Samstag den 22.*

*hundertachtzigster Jahrgang.*

*Telegr.-Nr.: Amtsblatt.*

**Mit den öffentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: Bekretistische Beilage; jeden Freitag: Der sächsische Landwirt; jeden Sonntag: Illustriertes Sonntagsblatt.**

*Bestellungen werden angenommen für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsbediensteten, sowie in der Geschäftsstelle, Markt 15, ebenso auch bei allen Postanstalten. Nummer der Zeitungsliste 6567. Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.*

*Preiserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher. Die viergespaltene Kopfzeile 12 J., die Reklamzeile 30 J. Geringster Jahresbetrag 40 J. Für Rückzahlung vorerlangt eingehender Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.*

*Das Neueste vom Tage.*

Der Kaiser hat gestern abend 11 Uhr mittels Sonderzug die Reise nach Wolfsgarten zum Besuche des Bades angetreten. Von dort aus bezieht der Kaiser nach Baden-Baden und Darmstadt.

Die Dampfschiffahrt in Ost-Deutschland nimmt zu. Die Kaiser ist über die Ufer getreten und hat seine Gelüste erschmeckelt. Auch in Ostpreußen besteht wieder Überschwemmungsgefahr. (Siehe Sonderbericht und letzte Depeschen.)

In Wien ist eine Familie unter verdächtigster Aufsicht in die Kaiserstraße eingeliefert worden. (Siehe letzte Depeschen.)

Die Kommunisten sollen in Baden in Zentralstadt ein schweres Verbrechen erlitten und 300 Leute inhaftiert haben. (Siehe letzte Depeschen.)

Nach einer Meldung aus San Antonio in Texas soll der Abbe der Stadt Regito einen Anschlag auf den Bischof der Vereinigten Staaten verübt haben.

### **Der neue Reichsetat.**

Die allgemeinen Listen aus dem neuen Reichsetat, die wir vorgestern in Anlehnung an eine Veröffentlichung in der „Nordd. Allg. Zig.“ wiedergehen konnten, lassen deutlich erkennen, daß das Prinzip der Sparsamkeit, von dem im Laufe des Sommerhalbjahres so viel die Rede war, durch den neuen Reichschatzsekretär Bermuth allenthalben zum Ausdruck gebracht worden ist. Dabei ist im allgemeinen festzustellen, daß trotz der Betonung dieses Prinzips die Erweiterung der deutschen Wehrkraft und auch die Kulturaufgaben nicht zu kurz gekommen sind.

Eine Kritik hat indessen sofort nach der Bekanntgabe seiner wichtigsten Zahlen eingeleitet, es fehlt schon jetzt nicht an Stimmen, die von einem „striften“ Etat sprechen und es bemängeln, daß zum Beispiel die Erträge der noch nicht bewilligten Reichsvertragssteuer eingezogen wurden und die Ausgaben für die Heeresvermehrung auf die späteren Etats aufgehoben seien. Doch das sind Einzelheiten von geringerer Bedeutung. Für die Beurteilung eines Reichsetats von nahezu 3 Milliarden Mark kommen in erster Reihe zwei Momente in Betracht, einmal das Verhältnis von Abwehungssteuern und Matrikularbeiträgen, aus dem ersichtlich wird, inwieweit das Reich aus eigenen Mitteln seine ordentlichen Ausgaben deckt, und sodann die Höhe der Anleihe, aus der auf die Ordnung im außerordentlichen Etat geschlossen werden kann. Die Matrikularbeiträge übersteigen auch im Etat für 1911 die Abwehungssteuern um 48 1/2 Millionen Mark, durch deren Zahlung die Einzelstaaten aber eine Sicherheit ihrer eigenen Budgets erwerben. Daß es gelungen ist, die Anleihe gegenüber dem Vorjahr um 74,1 Millionen Mark zu mindern und auf 97,8 Millionen Mark festzusetzen, wird als ein großer Fortschritt begrüßt werden müssen. Daß bei der Aufstellung

des Etats die allgrößte Sparsamkeit gewaltet hat, geht aus den einzelnen Zahlen deutlich hervor. Unter den fortdauernden Ausgaben fallen am meisten die Verhältnisse der Reichsschuld ins Auge. Während sich die Steigerung der Zinsausgaben in den letzten Etats immer auf 10 und mehr Millionen Mark belief, beträgt sie diesmal noch nicht 7 Millionen Mark. Die Tilgung der Reichsschuld aber ist um 54,2 Millionen Mark gegen 1910 gestiegen und soll nicht weniger als 88,6 Millionen Mark ausmachen. Das ist ein hoch erfreuliches Moment.

### **Politische Uebersicht.**

#### **Deutsches Reich.**

Die Wahl eines zweiten Vizepräsidenten des Reichstags wird erst am 25. oder 26. November erfolgen, da erst die Fraktionen zu der Frage der Wiederbesetzung Stellung nehmen müssen. Wie schon bekannt ist, werden die Nationalliberalen keinen Kandidaten präsentieren, sondern ihre bisherige Haltung beibehalten. Die Reichspartei wird unter diesen Umständen wieder einen Kandidaten aufstellen, obgleich nicht verhehelt sei, daß sich nur schwer ein Abgeordneter finden wird, der diese Übergangswahl übernehmend dürfte. Die Wirtschaftliche Vereinigung dürfte wohl nicht geneigt sein, sich um den Posten zu bewerben. Eine Kandidatur des Herzogs von Trachenberg kommt nicht in Frage.

Eine Verschmelzung der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Deutschen Reformpartei? In parlamentarischen Kreisen verlautet erneut, daß nach dem Wiedezusammentritt des Reichstags eine Verschmelzung der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Deutschen Reformpartei versucht werden soll, wodurch ein besseres Zusammenarbeiten im Reichstag und bei den Wahlen ermöglicht würde.

Südwaales und Roabit. Zu den Ausschreitungen bei dem Kohlenarbeiterausstand in Südwaales schreibt die „Kreuzzeitung“: Wenn man an den Pharisäerismus denkt, mit dem der größte Teil der englischen Presse die Vorgänge in Roabit und am Bedding, die anscheinend noch nicht den Umfang der englischen Streikämpfe gehabt haben, besprochen hat, dann möchte man jetzt eine Art Schadenfreude empfinden; aber diese Empfindung liegt uns vollkommen fern. Indessen müssen wir gestehen, daß wir einigermaßen gespannt sind, wie die englischen und amerikanischen „Kriegsberichterstatler“, die sich durch ihre sensationellen Roabit-Berichte ebenso wie durch ihr anmaßendes Auftreten gegen unsere Polizeibehörden ausgezeichnet haben, sich über die englischen Vorgänge äußern werden.

Viehfuhr aus Frankreich. Die Zahl von Rindvieh und Schweinen, deren Einfuhrung aus Frankreich die badische Regierung zur sofortigen Schließung in den Schlachthöfen von Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg gestattet hat, ist auf wöchentlich 400 Rinder und 400 Schweine für Karlsruhe und Mannheim und auf 50 Rinder und 100 Schweine wöchentlich für Heidelberg festgesetzt worden. Nach einigen Wochen soll geprüft werden, ob diese Maßregel eine günstige Wirkung auf die Viehpreise ausübt. Man wird gespannt

sein dürfen, wie der Versuch Badens ausfallen, namentlich auch, ob die Einfuhr aus Frankreich die zugelassene Kontingentsziffer erreichen wird. Frankreich leidet bekanntlich selbst unter hohen Fleischpreisen. Bisher hat französisches Schlachtvieh nicht in Deutschland eingeführt werden können, weil die Einfuhr verboten war. Und es fragt sich, ob wir, wenn das Verbot nicht bestanden hätte, Schlachtvieh in erheblicher Menge aus Frankreich erhalten hätten. Denn der Viehbestand Frankreichs ist im ganzen nicht viel größer als derjenige Deutschlands, selbst wenn die geringere Bevölkerungsdichtigkeit Frankreichs in Betracht gezogen wird. Auf 1000 Einwohner kommen in Deutschland 335 Stück Rindvieh und 360 Schweine, in Frankreich allerdings 365 Stück Rindvieh, aber nur 180 Schweine. Die Rind- und Schweinefleischproduktion zusammen ist somit, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, in Frankreich erheblich kleiner als in Deutschland. Ausgeglichen wird der Unterschied nur durch die stärkere Schafhaltung Frankreichs. In Frankreich wurden im Jahre 1908 rund 17,4 Mill. Schafe, in Deutschland im Jahre 1907 nur 7,7 Millionen gezählt. So groß kann hiernach der Überfluß Frankreichs an Schlachtvieh nicht sein, daß es dauernd oder auch nur auf längere Zeit größere Mengen an Deutschland abgeben könnte. Wäre in Frankreich überhaupt ein Überfluß, dann würde man dort nicht ebenfalls so hohe Fleischpreise wie bei uns haben.

Lehrreiche Zahlen. Das Ergebnis der Bauarbeiterausperrung von Mitte April bis Ende Juni sind 20 Millionen entgangener Arbeitsverdienst und 8 Millionen Unterstützung für die sozialdemokratischen Gewerkschaften der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiterverbände. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften verausgabten in den Jahren 1891-1909 für Streiks und Ausperrungen insgesamt 71 Millionen Mark.

#### **Balkanhalbinsel.**

Die Anleihebedingungen. Die Anleihe beträgt 7 Millionen türkische Pfund und ist eine vierprozentige, in 41 Jahren tilgbar und durch die Zolleinnahmen von Konstantinopel sichergestellt. Der Kurs beträgt 84 % weniger einer Pauschalvergütung für die ausländischen Stempel und Emissionskosten. Das Konsortium hat die Anleihe bis spätestens den 14. März 1912 abzunehmen und leistet der türkischen Regierung inzwischen zu 5 % Diskont einen Vorkauf auf Schatzwechsel, welche aus dem Anleiherlös zurückzahlen sind. Die türkische Regierung räumt dem Konsortium außerdem das Recht ein, weitere 4 Millionen türkische Pfund der gleichen Anleihe zu dem nämlichen Kurse zu beziehen.

#### **Amerika.**

Die Streiklage in New York. Der Streik der Kollführer soll beigelegt sein, da die Gesellschaften Zugeständnisse machen. Der Exekutivausschuß der Vereinigung der Kesselschmiede hat an den Arbeitgeberverband des Schiffbaugewerbes das Ersuchen gerichtet, während der weiteren Einigungsverhandlungen Ausperrungen nicht eintreten zu lassen. — Der Streik der Angestellten der Express-Company gewinnt an Ausdehnung. Man befürchtet, daß die Straßenbahnbeamten